

Der Bürgermeister resümierte die Diskussion, die zu dieser Angelegenheit im Unterausschuss geführt wurde, und erklärte, dass wenn sowohl Ärzte als auch Gewerbetreibende in dieser Straße ansässig seien, dann die Verwaltung unterstützend tätig werden könnte. Der Verwaltung seien keine Besonderheiten in der Birlinghovener Straße bekannt, die eine Parkscheibenregelung zwingend notwendig machten. In dem Unterausschuss sei es zu einem Abstimmungsergebnis von drei zu drei gekommen.

Herr Köhler echauffierte sich über die aus seiner Sicht „unterirdische“ Diskussion, die zuvor im Unterausschuss geführt worden sei. Nur weil es in anderen Straßen, in anderen Ortsteilen des Stadtgebiets keine Parkscheibenregelung gebe, sei das ja kein Grund, eine derartige Regelung im nun gegebenen Fall abzulehnen. Zwar sei der Verwaltung bisher nicht bekannt, dass es in dieser Straße schon zu Auffälligkeiten oder größeren Problemen gekommen sei. Es sei aber ebenso gut möglich, dass weil es bisher gegebenenfalls als nicht notwendig erachtet wurde, dort regelmäßig zu kontrollieren, Falschparken oder Verstöße gegen das Straßenverkehrsrecht gar nicht wahrgenommen worden seien. Dem Anliegen der Petenten sei zu folgen. Es gebe in der Stadt einen großen Parkdruck. Langfristig werde die Stadt auch eine Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet einführen müssen. Die Zahl der Kraftfahrzeuge würde zunehmen.

Herr Schell sprach sich dagegen aus, dass überall im Sankt Augustiner Stadtgebiet Parkscheibenregelungen eingeführt würden. Es sei begrüßenswert, wenn in kleineren Ortsteilen wohnortnah Gewerbetreibende sich ansiedeln würden. Im Falle der Birlinghovener Straße sei die CDU für die Einführung einer Parkscheibenregelung, allerdings nicht von 6:00 Uhr an, sondern von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr. Eine regelmäßige Kontrolle durch die Stadtverwaltung würde dazu führen, dass mehr Möglichkeiten für alle Beteiligten entstünden.

Herr Metz argumentierte dagegen, dass jede Regelung der Stadt eben auch kontrolliert werden müsste. Würde nun also mehrheitlich für eine Parkscheibenregelung votiert werden, dann hätte das zur Folge, dass städtisches Personal, das bereits an anderer Stelle gebraucht würde, bspw. bei der Schulwegsicherung, hier zu bestimmten Zeiten gebunden wäre. Die Einstellung neuen Personals wäre mit neuen finanziellen Aufwendungen verbunden. Die Fraktion der Grünen sieht vor diesem Hintergrund, keine Notwendigkeit, in der Birlinghover Straße eine derartige Regelung einzuführen und einen Präzedenzfall für andere Ortsteile zu schaffen.

Herr Knülle warnte davor, solche Maßnahmen als Einzelbeschlüsse im Hauptausschuss zu fassen. Eine Beratung im zuständigen Fachausschuss, hier der UPV, würde sich da eher anbieten. In dieser Straße würden Subunternehmer, die für ein anderes größeres tätig wären, ihre dienstlich genutzten Fahrzeuge dort vor ihren Wohnungen abstellen. Eine Parkscheibenregelung an dieser Stelle hätte zur Folge, dass man das Parkproblem lediglich auf andere Straßen und auch Parkflächen in Birlinghoven verlagern würde. Daher sollte die Stadt zuerst den Kontakt zu dem Unternehmen suchen und das Verkehrsproblem bezüglich der Subunternehmer anzusprechen. Das Problem könnte so gemeinschaftlich angegangen werden.

Frau Jung widersprach dem Wortbeitrag von Herrn Köhler und machte deutlich, dass sie

die Behandlung der Angelegenheit im Unterausschuss als sehr sachlich wahrgenommen habe. Die Verwaltung sei immer über die kleineren und größeren Probleme in Sankt Augustin gut informiert. Der Vorschlag von Herrn Marc Knülle sei begrüßenswert, da das Problem im Dialog gelöst werden müsse. Eine andere Möglichkeit wäre es, den dort ansässigen Ärzten Parkplätze zu vermieten oder zum Kauf anzubieten.

Der Bürgermeister entgegnete, dass der Vorschlag von Frau Jung nicht umgesetzt werden könnte, da es sich um Parkplätze handele, die öffentlich seien, öffentlich bleiben müssten und daher nicht zum Beispiel Arztpraxen zugeordnet werden könnten oder dürften.

Frau Jung fragte dazu, ob denn dort Behindertenparkplätze ausgewiesen wären, die von Besuchern der Arztpraxen genutzt werden könnten.

Der Bürgermeister antwortete, dass dort keine Behindertenparkplätze seien. Es sei aber auch zu bedenken, dass die Arztpraxen auch von Personen besucht würden, die nicht behindert wären. Bspw. würde jemand, der unter einem Hexenschuss leiden würde, nicht über einen Behindertenausweis verfügen.

Herr Piela sagte, dass es in Sankt Augustin-Ort eine vergleichbare, ähnliche Situation gebe wie in Birlinghoven. Wenn nun ein Anwohner von dort eine solche Anregung in den Ausschuss einbringen würde, dann müsste dieser wieder zu einem solchen Einzelfall diskutieren. Daher würde er sich Herrn Knülle anschließen und die Sache im zuständigen Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss behandeln wollen.

Der Bürgermeister sagte, dass Herr Knülle gesagt hätte, dass wenn schon hierzu einen Beschluss gefasst werden sollte, dass dies dann im fachlich richtigen Ausschuss gemacht werden sollte.

Herr Knülle regte an, dass die Verwaltung mit dem konkreten Unternehmen Kontakt aufnehmen solle, das dort für Probleme Sorge. Das Problem sollte so gemeinschaftlich angegangen, dazu Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Anschließend könnte in der nächsten UPV-Sitzung eine Mitteilung darüber gemacht werden, wie der aktuelle Stand sei. Dann könnte man die Angelegenheit immer noch in die Tagesordnung aufnehmen.

Herr Schell brachte zum Ausdruck, dass aus Sicht der CDU bereits an diesem Tag dazu eine Entscheidung getroffen werden könnte. Wenn die Verweisung aber doch beantragt werden würde, dann würde die CDU dieser Verweisung zustimmen.

Herr Knülle sagte, dass eine Entscheidung auch in dem richtigen Ausschuss getroffen werden müsste. Auch das betroffene Unternehmen sei in diesem konkreten Fall in der Bringschuld, sich mit der Stadt auseinanderzusetzen, wenn für sie tätige Subunternehmer sich in dieser Straße niedergelassen hätten. So könnte dieses Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Stadt gemeinsam Lösungsmöglichkeiten erarbeiten.

Herr Köhler beantragte die Verweisung in den UPV, da das Thema nicht im nicht zuständigen Ausschuss zerredet werden solle.

Herr Metz beklagte, dass eine Verweisung nicht zielführend und auch nicht effizient wäre. Dem Vorschlag von Herrn Knülle sollte gefolgt werden und für eine der nächsten Sitzungen könnte dann eine Mitteilungsvorlage vorbereitet werden.

Herr Koculan sagte, dass er einer Verweisung zustimmen werde.

Der Bürgermeister fasste die Abstimmung zusammen, dass die CDU, die Linke und der Aufbruch! für die Verweisung votiert hätten. Die anderen Mitglieder des Gremiums und auch er selber seien gegen die Verweisung in den Fachausschuss. Damit sei der Verweisungsantrag abgelehnt worden. Die Verwaltung werde sich nun erst mal vor Ort ein Bild von der Situation machen und wie von Herrn Knülle vorgeschlagen mit den dortigen Gewerbetreibenden in Kontakt treten und nach einer gemeinsamen Lösung suchen.

Herr Metz ergänzte, dass die Bauaufsicht prüfen könnte, ob es sich dort um eine Einrichtung handelt, die in einem Wohngebiet überhaupt zulässig sei.

Herr Doğan bemerkte, dass in dieser Diskussion zu sehen sei, dass über bestimmte Dinge doch spekuliert würde bzw. dass bestimmte Dinge hypothetisch seien. Man müsse sich ein Bild vor Ort machen. Es sei bedenklich, dass es keine Standards darüber gebe, wann, wo und wie genau Parkscheibenregelungen überhaupt eingeführt werden sollten. Am Europaring sei zu sehen, dass es von Anwohnern unterschiedlich aufgenommen werde, wenn dort Verkehrsaufseher kontrollierten und Knöllchen verteilt würden. Daher müsse zur Kenntnis genommen werden, dass eine Parkscheibenregelung in der Birlinghovener Straße von den Anwohnern oder den Personen, die dort Geschäfte hätten, unterschiedlich aufgenommen werden könnte.

Herr Schell erklärte, er könne nicht verstehen, aus welchem Grund sich eine Mehrheit im Haupt- und Finanzausschuss gegen eine Verweisung gestimmt hätte. Würde man dem Vorschlag von Herrn Knülle folgen und anschließend entsprechende Vorbereitungen und Maßnahmen treffen, dann würde dieser Antrag entsprechend abgearbeitet werden. Dennoch gäbe es dann weiterhin andere Straßen im Stadtgebiet, wo es ähnliche Probleme gebe. Daher könnte hier die Möglichkeit genutzt werden, um Regularien zu setzen. Die CDU werde nach wie vor für diesen Antrag stimmen

Frau Jung sagte, dass der UPV primär für die Stadtplanung in Sankt Augustin da sei und nicht für die Bewirtschaftung von Parkplätzen eingerichtet worden sei. Eine Verweisung eines derartigen Problems sei nicht zielführend, da der Ausschuss noch genug andere Angelegenheiten zu bearbeiten hätte. Es sei nochmal zu bekräftigen, dass der Vorschlag von Herrn Knülle eine unbürokratische und gute Möglichkeit sei, damit umzugehen.

Herr Knülle erläuterte die ablehnende Haltung der SPD zu der Verweisung in den Fachausschuss so, dass dort nur die grundsätzlichen Fragen über das Parken in Sankt Augustin behandelt werden sollten. Hier handele es sich aber um einen Einzelfall.

Herr Schmitz-Porten sagte, dass insbesondere das Argument des Verdrängungsverkehrs in die umliegenden Straßen ihn zu der Überzeugung gebracht hätten, dass es sinnvoll sei, dass die Verwaltung hier nochmal tätig werden würde.